

# Die österreichische Sozialversicherung im Jahre 1978

Im vergangenen Jahr stand Österreichs Sozialpolitik im Zeichen des anhaltend schwachen Wirtschaftswachstums und der Anpassung an die hiedurch gesetzten Bedingungen. Die Sozialausgaben stiegen wesentlich stärker als das Brutto-Nationalprodukt, wodurch sich die Sozialquote auf 21,8% erhöhte. Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung infolge höherer Arbeitslosenzahlen und Leistungsverbesserungen. Im Rahmen der Familienförderung wurden die bisherigen Steuerabsetzbeträge für Kinder auf Transferzahlungen umgestellt und die Familienbeihilfen entsprechend erhöht. In der Sozialversicherung verlangsamte sich zwar das Wachstum der Pensionsausgaben, doch beschleunigte sich das Ausgabenwachstum in der Krankenversicherung, nicht zuletzt infolge des Finanzierungsbedarfs der Krankenanstalten. Auf der Einnahmenseite verhinderten die durch das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz verfügten Beitragserhöhungen eine Verringerung der Eigenmittelbasis, die sich aus dem verlangsamten Wirtschaftswachstum ergeben hätte. Durch das verstärkte Beitragsaufkommen verbesserte sich die Gebarungsposition der meisten Versicherungsträger. Die gesetzlichen Maßnahmen betreffen insbesondere die Finanzierung des Gesundheitswesens und der Pensionsversicherung. Durch die Schaffung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde die Finanzierung der Spitäler neu geregelt. Die stärkere Berücksichtigung von Effizienzkriterien bei der Vergabe von Zuschüssen an die Spitäler soll den Kostenanstieg bremsen. In der Pensionsversicherung wurden die Beitragsätze für Versicherte angehoben, wodurch sich die Belastung des Bundes im Rahmen der Ausfallhaftung reduzierte

zurückzuführen. Die gesamte Familienförderung besteht nunmehr ausschließlich in direkten Transfers und ist somit unabhängig vom Einkommen (und der Steuerleistung) des Familienerhalters. Nach Ausschaltung dieses Sondereffekts stiegen die Sozialausgaben im vergangenen Jahr um 11,8%. Die seit 1976 beobachtete tendenzielle Wachstumsverlangsamung setzte sich somit nicht mehr fort. Da gleichzeitig das Brutto-Nationalprodukt nur langsam wuchs (+6,3% nominell), stieg die Sozialquote nahezu um zwei Prozentpunkte auf 21,8% (bereinigt um den Sondereffekt der Familienbeihilfen betrug sie 20,9%). Auch der Anteil der Transfereinkommen am persönli-

### Übersicht 1

#### Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Nationalprodukt

	Sozialausgaben insgesamt <sup>1)</sup>		Brutto-Nationalprodukt (nominell)		Sozialausgaben in % des Brutto-Nationalproduktes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1969	58 929	+ 9,9	333 228	+ 9,3	17,7
1970	63 678	+ 8,1	373 755	+ 12,2	17,0
1971	71 827	+ 12,8	416 896	+ 11,5	17,2
1972	80 693	+ 12,3	473 457	+ 13,6	17,0
1973	90 397	+ 12,0	532 288	+ 12,4	17,0
1974	106 327	+ 17,6	610 073	+ 14,6	17,4
1975	124 308	+ 16,9	652 645	+ 7,0	19,0
1976 <sup>2)</sup>	140 920	+ 13,4	722 595	+ 10,7	19,5
1977 <sup>2)</sup>	156 035	+ 10,7	785 862	+ 8,7	19,9
1978 <sup>2)</sup>	182 211	+ 16,8	834 997	+ 6,3	21,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluss — <sup>1)</sup> Ohne Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge — <sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen

### Übersicht 2

#### Anteil der Transfereinkommen am persönlichen Brutto-Einkommen

	Transfereinkommen <sup>1)</sup> brutto	Persönliches Einkommen brutto	Transfereinkommen in % des persönlichen Brutto-Einkommens
1969	54 46	282 69	19,3
1970	59 10	312 83	18,9
1971	66 65	351 27	19,0
1972	75 16	395 34	19,0
1973	83 53	441 99	18,9
1974	95 94	504 31	19,0
1975	110 68	555 91	19,9
1976 <sup>2)</sup>	127 60	624 39	20,4
1977 <sup>2)</sup>	140 30	682 26	20,6
1978 <sup>2)</sup>	160 10	742 20	21,6

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung — <sup>1)</sup> Pensionen, Renten, Unterstützungszugungen, Beihilfen und sonstige einseitige Barleistungen an private Haushalte — <sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen

### Sozialausgaben mehr als ein Fünftel des Nationalprodukts

Die gesamten Ausgaben für Soziale Sicherheit (des Bundes und der Sozialversicherungsträger) betragen 1978 etwa 182 Mrd. S und lagen damit um 16,8% höher als im Jahr zuvor<sup>1)</sup>. Die hohe Steigerungsrate ist in erster Linie auf die Umstellung der Familienförde-

<sup>1)</sup> Diese Berechnung umfaßt nur die wichtigsten Sozialausgaben aus dem Budget des Bundes sowie die der Sozialversicherung. Im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie hat das Institut nunmehr die österreichischen Sozialausgaben vollständiger und detaillierter als bisher erfaßt, um sie auf die Definitionen der EG-Sozialkonten abzustimmen. Die Hauptergebnisse dieser Studie werden in einem der nächsten "Monatsberichte" veröffentlicht

## Übersicht 3

## Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeits- losen- versicherung	Familien- beihilfen	Pensionen des Bundes	Bundes- beiträge zur Pensions- versicherung	Summe	Arbeits- losen- versicherung	Familien- beihilfen	Pensionen des Bundes	Bundes- beiträge zur Pensions- versicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1974	+ 65,9	+ 11,1	+ 13,1	+ 19,2	+ 16,3	12	7,1	7,8	8,5	24,5
1975	+ 15,9	+ 25,1	+ 14,7	+ 38,6	+ 26,0	1,1	7,6	7,6	10,0	26,2
1976	+ 15,5	+ 7,0	+ 12,3	+ 10,7	+ 10,3	1,2	7,2	7,5	9,8	25,6
1977	+ 21,6	+ 15,4	+ 9,3	+ 12,4	+ 12,8	1,3	7,8	7,7	10,3	27,1
1978 <sup>1)</sup>	+ 32,9	+ 60,5 <sup>2)</sup>	+ 11,0	- 20,9	+ 14,1 <sup>2)</sup>	1,6	11,0 <sup>2)</sup>	7,6	7,2	27,3 <sup>2)</sup>

Q: Bundesrechnungsabschluss — <sup>1)</sup> Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg — <sup>2)</sup> Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahrswerten nicht vergleichbar

chen Einkommen (Bruttowerte) laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung erhöhte sich deutlich: er betrug 1978 21,6%. Über ein Fünftel der gesamten Bruttoeinkommen entfiel somit auf "Sozialeinkommen" wie Pensionen, Renten, Beihilfen und sonstige Unterstützungen in bar.

Wie schon im Vorjahr stiegen die Sozialausgaben des Bundes (+ 14,1%) stärker als jene der Sozialversicherung (+ 10,3%), jedoch ist die Steigerungsrate der Bundesausgaben durch die diskretionären Änderungen im Familienlastenausgleich und in der Pensionsversicherung verzerrt. Durch die Umstellung von Steuerabsetzbeträgen auf Transfers ergab sich eine Ausgabensteigerung für Familienbeihilfen um 60%; ohne diesen Sondereffekt wären die Ausgaben des Familienlastenausgleichs um etwa 18% gestiegen. Hiefür waren höhere Aufwendungen für Schülerfreifahrten und gestiegene Beiträge zum Karenzurlaubsgeld maßgebend. In der Pensionsversicherung bewirkte das zu Jahresanfang in Kraft getretene Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1977 einen absoluten Rückgang des Bundesbeitrags um etwa 20%. Die Erhöhung der Beitragssätze für die Versicherten vergrößerte die Eigenmittelbasis der Versicherungsträger und reduzierte den Bedarf an Bundesmitteln zur Deckung von Gebarungsabgängen. Am stärksten fiel der geringere Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter ins Gewicht (-4,6 Mrd. S bzw. -39% gegenüber 1977); hiezu trugen — wie

schon in den beiden Vorjahren — auch die Überweisungen von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten (gemäß Art. VIII der 32. ASVG-Novelle) bei. Die hohe Ausgabensteigerung der Arbeitslosenversicherung (+ 32,9% gegenüber 1977 laut vorläufigem Gebarungserfolg) war in erster Linie durch eine erstmalige Überweisung in der Höhe von 354 Mill. S an den neugeschaffenen Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger bedingt. Auch die Aufwendungen für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe erhöhten sich stark, was zum Teil auf die höhere Arbeitslosigkeit, zum Teil auf Leistungsverbesserungen zurückzuführen war.

Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen um 10,3%, etwa ebenso stark wie 1977. Die höchste Steigerungsrate verzeichnete wiederum die Pensionsversicherung der Selbständigen, da insbesondere bei den Bauern institutionelle Leistungsverbesserungen aus früheren Jahren noch nachwirkten. Auch die Ausgaben der Krankenversicherung wuchsen überdurchschnittlich (+ 12,1%). Gegenüber dem Vorjahr beschleunigte sich das Ausgabenwachstum 1978 nur in der Krankenversicherung, während es sich in der Unfall- und der Pensionsversicherung verringerte. Zwar lag der Pensionsanpassungsfaktor mit 6,9% nur knapp unter dem Vorjahrswert, doch verringerte sich die Zahl der Pensionsneuzugänge weiterhin, nicht zuletzt auf Grund der demographischen Entwicklung.

## Übersicht 4

## Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger

	Krankenversicherung		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der Unselbständigen Selbständigen				Gesamtausgaben der Sozialversicherung <sup>1)</sup>	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1972	14 702	+ 11,5	2 434	+ 9,3	33 979	+ 11,4	5 491	+ 25,1	53 990	+ 12,6
1973	16 487	+ 12,1	2 831	+ 16,3	37 679	+ 10,9	6 340	+ 15,5	60 525	+ 12,1
1974	20 355	+ 23,5	3 285	+ 16,0	43 875	+ 16,4	7 791	+ 22,9	71 912	+ 18,8
1975	23 392	+ 14,9	3 824	+ 16,4	51 022	+ 16,3	9 227	+ 18,4	83 535	+ 16,2
1976	27 028	+ 15,5	4 122	+ 7,8	58 275	+ 14,2	10 717	+ 16,1	95 584	+ 14,4
1977	29 613	+ 9,6	4 548	+ 10,3	63 678	+ 9,3	12 609	+ 17,7	105 230	+ 10,1
1978 <sup>2)</sup>	33 209	+ 12,1	4 985	+ 9,6	69 369	+ 8,9	14 245	+ 13,0	116 072	+ 10,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — <sup>1)</sup> Ohne Transferzahlungen zwischen Versicherungsträgern — <sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen

**Mäßiges Ausgabenwachstum**

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung betragen 1978 33,2 Mrd. S und übertrafen damit das Vorjahrsniveau um 12,1%. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß auf Grund des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes erstmals Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger gemäß § 477f ASVG zu leisten waren. Diese Mittel, welche für die Finanzierung der Krankenanstalten zweckgebunden sind, betragen 1978 793,4 Mill. S. Bereinigt um diesen Betrag belief sich das Ausgabenwachstum auf 9,5% und war damit etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Die Zahl der Versicherten stieg 1978 um 0,5%, so daß sich die bereinigten Ausgaben je Versicherten um 8,9% erhöhten. Wie in den vergangenen Jahren stiegen die Aufwendungen für Anstaltspflege am stärksten (+ 12,8%), auch die Kosten ärztlicher Hilfe stiegen überdurchschnittlich (+ 11,2%). Dagegen waren die Aufwendungen für Heilmittel um fast 2% geringer als im Vorjahr. Der Grund hierfür war die starke Erhöhung des Selbstbehaltes bei Medikamenten (Rezeptgebühr) von 6 S auf 15 S mit Beginn des Jahres 1978. Dadurch wurden weniger Medikamente "auf Krankenschein" erworben, da der Verkaufspreis in vielen Fällen nur geringfügig über der Rezeptgebühr bzw. sogar darunter lag. Die Senkung der Großhandelsspannen für Pharmazeutika von 19% auf 17,5% sowie der Apothekenspannen wirkte ebenfalls kostendämpfend.

*Übersicht 5*

**Die Entwicklung einiger Ausgabenpositionen in der Krankenversicherung**

	1976	1977	1978 <sup>1)</sup>	1978 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil an den Gesamtausgaben der Krankenversicherung in %
Ärztliche Hilfe	+ 16,6	+ 10,2	+ 11,2	25,9
Anstaltspflege	+ 21,7	+ 12,0	+ 12,8	24,7
Heilmittel	+ 14,5	+ 9,6	- 1,9	13,2
Zahnbehandlung	+ 12,9	+ 12,3	+ 9,8	8,6
Verwaltungskosten	+ 10,6	+ 6,5	+ 8,4	3,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — 1) Vorläufige Zahlen

Die Ausgaben der Unfallversicherung stiegen mit + 9,6% etwas langsamer als im Jahr zuvor, als der Versichertenkreis um Schüler und Studenten erweitert worden war. Von den großen Ausgabenpositionen stieg der Rentenaufwand knapp unterdurchschnittlich (+ 8,2%), während die Kosten der Unfallheilbehandlung bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt — dem größten Versicherungsträger — um knapp 20% höher waren als 1977.

In der Pensionsversicherung verlangsamte sich die Ausgabedynamik bei den Versicherungsträgern der Selbständigen stärker als bei denen der Unselbständigen. Dennoch stiegen die Aufwendungen bei den Selbständigen auch 1978 deutlich rascher (+ 13% gegenüber + 8,9% in der Pensionsversicherung der Unselbständigen). Dies lag daran, daß sich institutionelle Veränderungen im Leistungsrecht weiterhin auswirkten, insbesondere in der Pensionsversicherung der Bauern: Seit den frühen siebziger Jahren werden die ehemaligen landwirtschaftlichen Zuschußrenten in Bauernpensionen umgewandelt, deren Durchschnittsniveau wesentlich höher liegt; überdies wurde 1976 die vorzeitige Alterspension für Bauern eingeführt. Mit + 16,1% verzeichnete die Versicherungsanstalt der Bauern das stärkste Ausgabenwachstum aller Pensionsversicherungsträger.

In der Pensionsversicherung der Unselbständigen trug vor allem die demographische Entwicklung zur Verlangsamung des Ausgabenwachstums bei: Seit 1975 verringert sich jährlich die Zahl der in das Pensionsalter Eintretenden. Das weiterhin gedämpfte Wachstum der Nominaaleinkommen wirkte sich ebenfalls im Pensionsaufwand aus. Nachdem schon 1977 der Pensionsanpassungsfaktor auf 7% gesunken war, betrug er für 1978 6,9%. Am stärksten stiegen mit + 12,4% die Aufwendungen der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten. Infolge des langfristig steigenden Anteils der Angestellten an den Erwerbstätigen weist sie regelmäßig die stärksten Neuzugänge auf. Die hohe Steigerungsrate war auch durch die höhere Überweisung bedingt, welche sie auf Grund des Finanzausgleichs gemäß Art VIII der 32. ASVG-Novelle an die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter zu leisten hatte (1978 waren es 1 222 Mill. S gegenüber 797 Mill. S im Vorjahr). Ohne diesen Finanzierungstransfer stiegen die Ausgaben der Versicherungsanstalt der Angestellten um 10,9%. Die Ausgaben der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter erhöhten sich infolge relativ geringer Neuzugänge unterdurchschnittlich (+ 7,8%).

**Günstige Einnahmentwicklung dank Beitragserhöhungen**

Die Beitragsaufkommen der Sozialversicherungsträger wurden im abgelaufenen Jahr vor allem durch die diskretionären Maßnahmen des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes beeinflusst. In der Krankenversicherung nach dem ASVG wurde die Höchstbeitragsgrundlage, abgesehen von der regelmäßigen jährlichen Anpassung, um weitere 1 500 S auf 12 600 S monatlich angehoben. Ihr Betrag ist nunmehr mit drei Viertel (früher zwei Drittel) der in der Pensionsversi-

cherung geltenden Höchstbeitragsgrundlage festgesetzt. Auch bei den übrigen Krankenversicherungsträgern wurden die Höchstbeitragsgrundlagen zusätzlich erhöht (in der Krankenversicherung der Bauern die Beiträge in den einzelnen Versicherungsklassen), für die Versicherten nach dem Beamten-, Kranken- und Unfallgesetz auch die Mindestbeiträge. Die gesamten Beitragseinnahmen der Krankenversicherung waren mit 30,1 Mrd. S um 14,5% höher als 1977. Nach vorläufigen Schätzungen erbrachten die Maßnahmen auf dem Beitragssektor zusätzliche Einnahmen von etwa 800 Mill. S. Ohne diese Mehreinnahmen wären die Versichertenbeiträge nur um etwa 11½% gestiegen. Auf Grund der höheren Einnahmen leisten die Krankenversicherungsträger 3,75% ihres Beitragsaufkommens an den Ausgleichsfonds der Krankenversicherung (§ 447f ASVG) als Sondervermögen, welches der Finanzierung der Krankenanstalten dient.

In der Unfallversicherung, wo die Rechtslage unverändert blieb, stieg das Beitragsaufkommen um 8,2% die Wachstumsrate des Vorjahrs (+21,6%) war durch Beitragskorrekturen sowie eine Erweiterung des Versichertenkreises beeinflusst.

Am stärksten stiegen 1978 die Beitragseinnahmen in der Pensionsversicherung (Unselbständige +21,5%; Selbständige +25,8%) Dies war vor allem durch die erstmalige Einhebung des Zusatzbeitrages von 2% der Beitragsgrundlage bedingt. Sie bewirkte ceteris paribus eine Steigerung des Beitragsvolumens um 11,4%. Außerdem wurde der Meßbetrag für die Höchstbeitragsgrundlage außertourlich um 5% angehoben. Es war dies die zweite von drei Etappen, welche in der 32 ASVG-Novelle festgesetzt wurden. Die letzte trat Anfang 1979 in Kraft und erhöhte die Beitragsgrenze um 3,5%. In der gesamten Sozialversicherung stiegen die Einnahmen aus Versichertenbeiträgen 1978 um 18,7% und damit stärker als im Jahr zuvor (+15,0%). Ohne die weitreichenden Maßnahmen im Beitragsrecht hätte sich die Zuwachsrate verringert, da sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die Durchschnittsverdienste schwächer stiegen als 1977.

Übersicht 6

Die Einnahmen aus Versichertenbeiträgen der Sozialversicherungsträger

	1976	1977	1978 <sup>1)</sup>	1978 <sup>1)</sup> absolut in Mill S
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Krankenversicherung	+13 9	+16 1	+14 5	30 106
Unfallversicherung	+10 3	+21 6	+ 8 2	4 831
Pensionsversicherung				
der Unselbständigen	+10 6	+13 8	+21 5	58 580
der Selbständigen	+10 9	+15 2	+25 8	3 754
Insgesamt	+11 6	+15 0	+18 7	97 271

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — <sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen

Bundesbeitrag in der Pensionsversicherung stark reduziert

Die Steigerung der Beitragseinnahmen bei gleichzeitig kaum verstärkter Ausgabendynamik bewirkte im allgemeinen eine verbesserte Gebarung in der Sozialversicherung. In der Krankenversicherung vergrößerte sich der Aktivsaldo auf 1,15 Mrd. S bzw. 3,3% der gesamten Einnahmen. Von 24 Krankenversicherungsträgern waren 1978 nur 2 passiv, im Vorjahr waren es noch 8 gewesen. Auf Grund der höheren Beiträge vergrößerte sich vor allem der Überschuß (14% der Einnahmen über die Ausgaben) bei der Versicherungsanstalt der öffentlich Bediensteten. In der Unfallversicherung wies dieser Träger allerdings ein Defizit aus. Insgesamt war die Unfallversicherung wie schon im Jahr zuvor aktiv. In der Pensionsversicherung stiegen — sowohl bei den Selbständigen als auch bei den Unselbständigen — die Beitragseinnahmen deutlich stärker als die Ausgaben. Das Defizit (ohne Bundesbeitrag) verringerte sich in der Pensionsversicherung der Unselbständigen von 22,2% im Jahr 1977 auf 10,7%; bei den Versicherungsträgern der Selbständigen von 80% auf 59%<sup>2)</sup>.

Übersicht 7

Die Gebarung der österreichischen Sozialversicherung im Jahre 1978<sup>1)</sup>

Versicherungszweig bzw -träger	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	Mill S		
<i>Krankenversicherung</i>	34.354 8	33.208 9	+ 1.145 9
Gebietskrankenkassen	24.295 6	23.916 3	+ 379 4
Betriebskrankenkassen	566,3	531 4	+ 34 9
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	403,4	378 9	+ 24 5
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	1.776 6	1.666 5	+ 110 1
Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter	3.371 2	2.959 3	+ 411 9
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	2.111 8	2.157 5	- 45 7
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	1.830 0	1.599 1	+ 231 0
<i>Unfallversicherung</i>	5.277,0	4.985 2	+ 291 8
<i>Pensionsversicherung der Unselbständigen</i>	72.079 4	70.591 2	+ 1.488 2
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	42.442 0	41.993 8	+ 448 3
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	823 3	819 7	+ 3 7
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	26.472 8	25.447 4	+ 1.025 5
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	2.341 2	2.330 4	+ 10 8
<i>Pensionsversicherung der Selbständigen</i>	14.294 8	14.245 4	+ 49 5
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	7.340 1	7.309 3	+ 30 8
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	6.894 8	6.868 7	+ 26 1
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates	60,0	67,4	- 7,4
<b>Sozialversicherung insgesamt</b>	<b>126.006 1</b>	<b>123.030 8</b>	<b>+ 2.975 3</b>

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — <sup>1)</sup> Vorläufige Gebarungsergebnisse

<sup>2)</sup> Die Überweisungen aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und aus Abgaben von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sind nicht dem Bundesbeitrag zugerechnet

Die Entwicklung der Pensionen nach Arten<sup>1)</sup>

	1974	1975	1976	1977	1978	1978 absolut
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Pensionen an						
Unselbständige	+16	+18	+12	+11	+09	1 138 237
Alter	+35	+34	+21	+20	+15	485 295
Invaldität	-18	-13	-08	-05	-02	235 739
Witwen	+15	+17	+12	+10	+09	357 393
Waisen	+18	+32	+21	+10	+10	59 810
Selbständige	+27	+29	+14	+19	+08	304 622
Alter	+14	+08	-07	+10	-10	149 593
Invaldität	+89	+103	+76	+67	+59	54 912
Witwen	+25	+27	+16	+13	+13	83 596
Waisen	+22	+45	+16	-16	-04	16 521

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — <sup>1)</sup> Stand im Dezember

Für die Jahre 1978 bis 1980 wurde die Ausfallhaftung des Bundes reduziert. Nunmehr leistet der Bund einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,5% (bisher 101,5%) der Aufwendungen die Erträge übersteigen. Die Maßnahmen zur finanziellen Entlastung des Bundes bewirkten ein Absinken des Bundesbeitrags zum Gesamtaufwand der Pensionsversicherung von 31,9% auf 23%.

**Einkommen von Pensionisten und Arbeitnehmern etwa gleich stark gestiegen**

In der Pensionsversicherung stieg 1978 die Zahl der Pensionen neuerlich an, doch setzte sich die seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachtende Verlangsamung fort. Der Pensionsstand zu Jahresende betrug 1,443 000 und lag damit um 0,9% höher als Ende 1977. Damals hatte der Vorjahrsabstand 1,2% betragen. Die höchste Steigerungsrate verzeichneten wiederum die Erwerbsunfähigkeitspensionen der Selbständigen, was mit der Einführung der vorzeitigen Alterspension für Bauern zusammenhängt. Wie in den vergangenen Jahren stiegen auch die Alterspensionen der Unselbständigen überdurchschnittlich. Da infolge der schwachen Nachfrage nach Arbeitskräften sich die Zahl der aktiven Pensionsversicherten nur geringfügig erhöhte, stieg die Belastungsquote neuerlich an. Auf 1 000 Versicherte fielen 1978 516

Pensionsbezieher (1977: 511). Insbesondere in der Pensionsversicherung der Unselbständigen spiegelt die leichte Verschlechterung der Pensionsbelastung die fehlende Arbeitsmarktdynamik wider; bei den Versicherungsträgern der Selbständigen hat sie vor allem strukturelle Ursachen (sinkende Zahl von Bauern und Gewerbetreibenden).

Gemäß der Institutsprognose zur längerfristigen Entwicklung der Pensionsversicherung sind auch in den folgenden Jahren steigende Belastungsquoten zu erwarten; der Entlastungseffekt, der sich aus der demographischen Trendumkehr nunmehr ergibt, wird sich infolge steigender individueller Pensionsansprüche nur in abgeschwächter Form auswirken. Die vorliegenden Ergebnisse für 1979 liegen weitgehend auf der Linie dieser Prognose<sup>3)</sup>

Mit Jahresbeginn 1978 wurden die Pensionen um 6,9% angehoben. Obwohl sich das Wachstum der nominellen Durchschnittsverdienste in den Jahren zuvor kontinuierlich verlangsamt hatte, lag die Richtzahl für die Pensionsanpassung nur geringfügig niedriger als 1977 (7,0%), was durch die in den einzelnen Jahren verschiedenen Zeitpunkte der Lohnrunden bedingt war. Das durchschnittliche Arbeitnehmerinkommen brutto stieg 1978 etwa im gleichen Ausmaß (7%) wie die Pensionen. Der Tariflohnindex, welcher gewisse Struktureffekte der Einkommensentwicklung ausschaltet und daher einen geeigneten Vergleichsmaßstab für die Pensionsanpassung darstellt, erhöhte sich insgesamt um 6,9%, für die Beschäftigten im privaten Sektor jedoch nur um 6,3%. Berücksichtigt man die Steigerung des Pensionistenpreisindex von 3,7%, so verblieb den Pensionsbeziehern im vergangenen Jahr ein reales Einkommensplus von über 3%; etwa gleich hoch war der Realeinkommenszuwachs der Arbeitnehmer. Im heurigen Jahr werden — nach einer Steigerung um 6,5% ab 1. Jänner — die Pensionen voraussichtlich stärker steigen als die Verdienste der Aktiven.

Übersicht 9

Pensionsbezieher je 1.000 Pensionsversicherte

	Pensionsversicherung der Unselbständigen	Pensionsversicherung der Selbständigen	Pensionsversicherung insgesamt
∅ 1972	469	620	493
∅ 1973	457	655	488
∅ 1974	457	690	492
∅ 1975	467	727	504
∅ 1976	470	760	510
∅ 1977	467	790	511
∅ 1978	469	819	516

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

<sup>3)</sup> G. Busch. Längerfristige Entwicklungstendenzen der österreichischen Pensionsversicherung, Monatsberichte 10/1978.

Übersicht 10

Anpassungsfaktor und Veränderung der Unselbständigeneinkommen

Jahr	Anpassungsfaktor in %	Veränderung des monatlichen Bruttoeinkommens je Arbeitnehmer gegen das Vorjahr in %
1972	+ 7,4	+ 11,3
1973	+ 9,0	+ 13,1
1974	+ 11,9 <sup>1)</sup>	+ 13,9
1975	+ 13,2 <sup>1)</sup>	+ 11,4
1976	+ 13,0 <sup>1)</sup>	+ 8,9
1977	+ 7,0	+ 7,9
1978	+ 6,9	+ 7,0
1979	+ 6,5	+ 4,7 <sup>2)</sup>

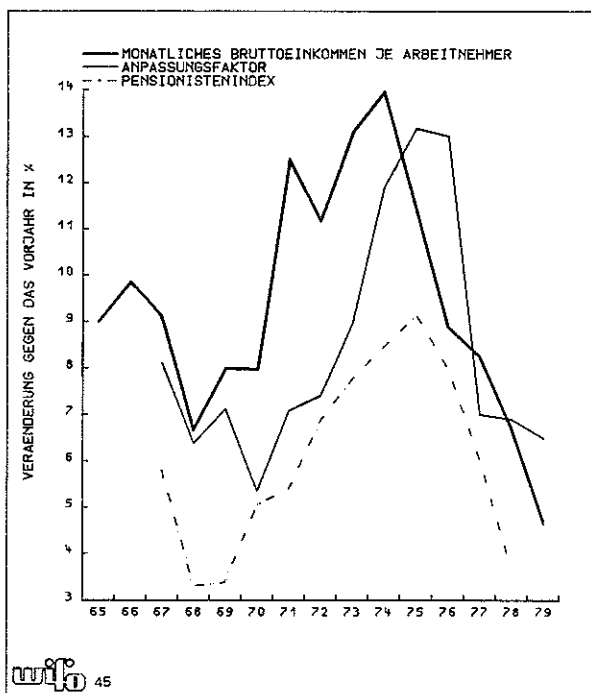
Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Wifo —  
<sup>1)</sup> Richtzahl 1974 (10,4%), 1975 (10,2%) 1976 (11,5%); ab 1. Juli 1974 und ab 1. Juli 1975 jeweils zusätzlich 3% Pensionserhöhung — <sup>2)</sup> Wifo-Prognose

Die durchschnittliche monatliche Alterspension eines Unselbständigen betrug Ende 1978 4.682 S (Arbeiter 3.979 S, Angestellter 6.113 S), was 39,2% des durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienstes entsprach. Die längerfristig zu beobachtende Annäherung der Pensionen an das Einkommensniveau der Aktiven setzte sich damit fort.

Die Maßnahmen des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes auf dem Gebiet der Pensionsversicherung dienten in erster Linie dazu, die Belastung des Bundeshaushalts im Rahmen der Ausfallhaftung zu ver-

Abbildung 1

Veränderung des Anpassungsfaktors, des Unselbständigeneinkommens und des Pensionistenindex



Übersicht 11

Höhe der durchschnittlichen Alterspensionen<sup>1)</sup>

	1975	1976	1977	1978
	in S			
Arbeiter	3 082	3 442	3 701	3 979
Angestellte	4 737	5 296	5 689	6 113
A Unselbständige insgesamt	3 586	4 020	4 338	4 682
B Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer	9 500	10 350	11 171	11 952
A in % von B	37,7	38,8	38,8	39,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Wifo —  
<sup>1)</sup> Stand im Dezember

ringern. In der Pensionsversicherung der Unselbständigen wird nunmehr ein Zusatzbeitrag von 2% der Beitragsgrundlage eingehoben. Die dadurch gewonnenen Erträge fließen jedoch nicht unmittelbar an die entsprechenden Versicherungsträger, sondern an einen neu geschaffenen Ausgleichsfonds (gemäß § 447g ASVG), dem außerdem noch Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung zufließen. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden nach einem Aufteilungsschlüssel auf die einzelnen Versicherungsträger verteilt. Die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten als aktiv gebarender Versicherungsträger erhält zur Zeit keine Fondsmittel.

Eine ähnliche Regelung auf dem Prinzip des solidarischen Gebahrungsausgleichs wurde bereits in der 32. ASVG-Novelle durch den Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten der Arbeiter und der Angestellten getroffen. Infolge der günstigen Gebahrungsentwicklung konnte die Versicherungsanstalt der Angestellten 1978 1,2 Mrd. S als Finanzausgleichszahlung leisten, um über 50% mehr als 1977.

Die zusätzliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 5% hatte den Zweck, die Beitragsgrenzen an die effektive Verdienstentwicklung anzupassen und dadurch die regelmäßig zu geringe Aufwertung gemäß der Richtzahl auszugleichen. Durch diese Maßnahme werden Beitragsausfälle verhindert, die sonst

Übersicht 12

Anteil der Erwerbstätigen mit Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung<sup>1)</sup>

Jahr	in %
1972	10,7
1973	11,6
1974	12,7
1975	13,3
1976	12,0
1977	10,3
1978	9,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — <sup>1)</sup> Werte vom Juli des jeweiligen Jahres

Übersicht 13

Anteil der Bundesbeiträge am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung<sup>1)</sup>

	Gesamtaufwand		Bundesbeitrag <sup>2)</sup>		Bundesbeitrag in % des Gesamtaufwandes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1972	39 470	+ 13,1	11 457	+ 14,2	29,0
1973	44 019	+ 11,5	11 849	+ 3,4	26,9
1974	51 666	+ 17,4	14 130	+ 19,2	27,3
1975	60 249	+ 16,6	19 583	+ 38,6	32,5
1976	68 992	+ 14,5	21 669	+ 10,7	31,4
1977	76 287	+ 10,6	24 359	+ 12,4	31,9
1978 <sup>3)</sup>	83 615	+ 9,6	19 261	- 20,9	23,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesrechnungsabschluß — <sup>1)</sup> Pensionsversicherung der Selbständigen und Unselbständigen. — <sup>2)</sup> Einschließlich Ausgleichszulagen; ohne Überweisung (gemäß § 27 GSPVG) aus der Gewerbesteuer — <sup>3)</sup> Vorläufige Zahlen

dadurch entstehen, daß ein jährlich steigender Anteil der Versicherten mit ihrem Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage liegt. Durch die neuerliche Erhöhung — nach einer ersten im Jahr 1977 — sank der Anteil der Erwerbstätigen, die mit ihrem Einkommen in die oberste Lohnstufe fielen, 1978 auf 9,1%.

Durch die Maßnahmen auf dem Beitragssektor verringerten sich die Finanzierungsmittel des Bundes in der Pensionsversicherung (einschließlich der Ausgleichszulagenersätze) um 21% gegenüber dem Vorjahr. Das Ausmaß der Einsparungen betrug schätzungsweise 7 Mrd. S. Der Finanzierungsanteil des Bundes am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung war mit 23% der niedrigste seit Beginn der siebziger Jahre.

Georg Busch